

Sozialdemokratische Zeitung

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Abzugspreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und samstags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unterm Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Götterstraße, Dampflag 48, Fernruf 2014. Verlag: Halberstädter Zeitung, Paul Weber, O. m. B. H. Verantw. für Politik u. Wirtschaft: Kurt Wolfenbutz, für den lokalen Teil Wilhelm Kündemann, für Belag u. Zentrale Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die abgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restansätze 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann ein Gehalt nicht übernommen werden. Sonntags 45 Pfennig (Preis Nr. 2213). Politische Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Wernigerode 4535 und Volksbuchhandlung (Zeitungsverlag) Wernigerode, Burgstraße 3.

Nr. 30

Dienstag, den 4. Februar 1930

5. Jahrgang

So geht es nicht!

Moldenhauers unbrauchbares Finanzprogramm.

Von bürgerlicher Seite wird gemeinhin, daß Reichsfinanzminister Moldenhauer beständiges, den Ausgleich des Reichshaushalts 1930 durch eine Erhöhung der Biersteuer um etwa die Hälfte, eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent und durch die Streichung einer Gesetzbücherei zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung zu erzielen. Die Sozialdemokratie muß gegen ein derartiges Deckungsprogramm schwere Bedenken erheben. Es ist zur Zeit noch nicht genau bekannt, welchen Maßstab der Reichshaushalt 1930 aufweisen wird. Fast sieht aber bereits, daß im Rechnungsjahr 1931 ein einmaliger Bedarf von rund 600 Millionen zu decken ist, der sich aus dem Herbstetat des Jahres 1928 von 154 Millionen, und aus dem Tilgungsfonds von 450 Millionen zusammenlegt. Es wäre weder politisch noch sachlich berechtigt, für diesen einmaligen Mehrbedarf dauernde Deckungsmittel zu verwenden. Es muß vielmehr bestrebt werden, daß der einmalige Bedarf auch durch einmalige Einnahmen abgedeckt wird, die im übrigen in hinreichender Höhe zur Verfügung stehen.

Es ist auch vom Standpunkt der Wirtschaft aus nicht einzu-sehen, wie gerade eine Erhöhung der Umsatzsteuer geeignet sein soll, das einmalige Defizit des Jahres 1930 auszugleichen. Die Wirtschaft erholt sich Monaten immer wieder den Ruf nach Verminderung der Gemeinksteuer, und niemand kann sich diesem Ruf weniger entgegen als Herr Moldenhauer. Wenn man aber die Verminderung der Gemeinksteuer als ein ersehntes Mittel anerkennen, dann muß es geradezu sinnlos erscheinen, in diesem Augenblick die Gemeinksteuer zu erhöhen, während andere Deckungsmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden. Außerdem ist die Umsatzsteuer die rohste Steuer, die wir in unserem Steuerwesen haben. Ihre schweren Nachteile müssen sich besonders bemerkbar machen, wenn sie in einem Zeitpunkt hinterher konstatiert wird.

Wenn schwere Bedenken dagegen dem Vorhaben, zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung eine Gesetzbücherei herzustellen. Dieser Gedanke beruht auf der Überzeugung, daß die Sozialversicherung zur Zeit überflüssig ist, die sie zur Bildung einer Reserve verwendet, während die Arbeitslosenversicherung einen Herbstetat aufweist. In einigen Jahren wird eine völlige Umkehrung dieses Zustandes erwartet. Die Sozialversicherung wird wachsende Rentenansprüche zu befriedigen haben, für die die laufenden Beitragseinnahmen nicht ausreichen, so daß die Arbeitslosenversicherung zu Hilfe genommen werden muß. Die Arbeitslosenversicherung wird dagegen entfallen, weil der Gehaltsausfall während des Krieges sich in einem verminderten Zustrom von Erwerbstätigen zum Arbeitsmarkt auswirkt.

Es ist aber sehr fraglich, ob diese Rechnung stimmen wird. Sicher ist nur der Herbstetat der Sozialversicherung, für dessen Deckung die jetzt abgelaufene Reserve nicht einmal genügen wird. Wahrscheinlich wird auch eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten, aber es ist schon fraglich, ob diese Entlastung groß genug sein wird, um die Arbeitslosenversicherung allein auszureichen. Wäglich ungenügend bleibt jedoch, ob die Entlastung so groß sein wird, daß die Arbeitslosenversicherung überflüssig ersehen kann, um damit den Herbstetat der Sozialversicherung zu decken. Es besteht also die Gefahr, daß der ganze Plan schließlich auf eine Ausgabenüberschuldung hinausläuft.

Vor allem wird aber bei dem Gedanken einer solchen Gesetzbücherei übersehen, daß die Sozialversicherungsträger ihre Lebensgrundlage in der Staatskasse als Kredit für den Wohnungsbau oder für Reich, Länder und Gemeinden verwendet haben. Schon die Leistung des Reichsbetrages von 164 Millionen zur Sozialversicherung in Form von Schatzanweisungen hat in der ersten Hälfte des Jahres 1929 die Staatskasse um 150 Millionen für Darlehen an die Arbeitslosenversicherung bereinigt. Die nachträglichen Rückführungen auf den Wohnungsbau, die sich dabei herausgestellt haben, mußten jetzt besonders ernst sein, weil der Wohnungsbau ohnehin durch die finanziellen Schwierigkeiten in Reich, Ländern und Gemeinden schwer beeinträchtigt wird.

Alle Gewerkschaftsrichtungen in der Abwehr einig.

Der Rechtsausschuß des Gewerkschafts-Rings deutscher Angestellten, Arbeiter und Beamten, der der Demokratische Gewerkschafts-Spielerverband produziert in einer Entschließung gegen die Pläne, die Arbeitslosenversicherung durch Bildung einer Gewerkschaftsrichtungsartiger Sozialversicherung zu sanieren. Auch der christliche deutsche Gewerkschaftsbund hat noch einmal in aller Form im Wege einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister — den Vorstich, die Mittel der Sozialversicherung für die Deckung des finanziellen Verlustes der Arbeitslosenversicherung zu verwenden — ebenfalls abgelehnt. In der Wäucher der Arbeiterbewegung, die die Arbeitslosenversicherung auf Kosten der gesamten Sozialversicherung zu sanieren, sind sich die Gewerkschaften aller Richtungen einig. Hoffentlich ziehen die maßgebenden Stellen daraus die entsprechenden Konsequenzen.

Die Entlarung des Reichsrichters.

Otto Landsberg als Zeuge im Jorns-Prozess.

Am Mittelpunkt des Jornsprozesses stand am Montag die Vernehmung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Otto Landsberg.

Landsberg schildert die Erregung der Arbeiter nach dem feigen Doppelmord. Als schließlich am 12. Februar die Enthüllungen der „Roten Fahne“ erschienen über die wahren Täter — Paul Lent und der Verfasser — erwiderte die Gardeabteilung-Schüchternheit vollständig: das sei gar nichts Neues, sondern der Diktator längst bekannt.

Landsberg, verurteilt über dieses Eingeständnis, das im Widerspruch stand zu der ganzen bisherigen übermäßigsten Untersuchung betriebe als Aufnahmegeräte nach Kriegsgericht nach Hermann Jorns habe einen außerordentlich wichtigen Einbruch gemacht. „Ich hätte den Gedanken weit von mir gewiesen“, betont Landsberg, daß ein Untersuchungsführender Richter, wenn es sich um ein schweres Verbrechen handelt, es an der nötigen Objektivität fehlen läßt. Aber er wurde im Falle Jorns eines anderen befehlt.

auf das tiefste empört und der preußische Justizminister Heine hat geäußert

„Das ist ja eine ungeheure Schandtat!“ Landsberg konnte damals weder Jorns einfach abweisen, noch erneut den Angeklagten verurteilen lassen. Bisher hat er für seine „Landesrichterei“ gehalten, der alles zuzutrauen war, und mit diesem Straf ließ sich Jorns Tag für Tag freundschaftlich an einen Tisch!

Der Referendar Piepmann, der damals als Offizier den Transport von Karl Liebknecht leitete und wegen der Befreiung des Wärders Jorns zu einem anderen Transportteil auf Befehl Wohls verurteilt worden ist — ein zehnwortstranker Krüppel, der sich am Ende mitten in den Saal schleift — wiederholt kurz seine Schilderung des „fabelhaften Gefängnisses“, aus dem er gelegentlich in eine Bar gehen konnte, um sich sich zu zerstreuen, ein ander-mal auf das polnische Kontinent, um sich ein Wäucher zu einem solchen Paß zu begeben. Piepmann macht

eine wichtige neue Bekundung: Er hat den Transport von Rosa Luxemburg vom Chen-Hotel her-entommen sehen, als er von der Wälderung der „unbekann-ten“ Leiche Liebknechts auf der Rettungsmaße im Ziergarten zurückkam. Damit ist der weitere Zusammenhang der Wälder-Wärde einwandfrei bestätigt, von dem Jorns nichts gemutet haben will. Als er der fernerbare Ziergarten im Chen-Hotel freigeht, fragt der Angeklagte Bornstein den Nebenkläger: „Haben Sie das richtig gefunden, sich mit dem Bruder eines Wärders — des Wälder-Härtung — freundschaftlich zu Tische zu setzen“ — worauf Jorns zynisch erwidert:

„Im Frieden nicht, aber im Kriege...“ Für Jorns war Februar 1919 nach der Krieg, wo man, ohne mit der Wimper zu zucken, Menschen umbringen durfte. Und die „Leinde“ waren die eigenen Volksgenossen: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Frieden mit Polen.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

Der Reichstag wird sich in nächster Zeit mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen zu beschäftigen haben. Gegen dieses Abkommen wird im Lande eine starke Reaktion be-tritten, die es mit der Mehrheit wenig genau nimmt. So sind die 3. 2. von der deutsch-polnischen Presse veröffent-lichten Angaben über die finanziellen Opfer, die Deutschland nach dem Abkommen zu bringen hat, durchaus falsch. Man spricht immer wieder in diesem Zusammenhang von 2 1/2 Milliarden Mark und mehr und kommt wohlwollend zu solchen Schätzungen. So man Dinge vernünftig, die miteinander gar nichts zu tun haben. Es man sich nur bei den Vermögen des Reiches und Preußens in den an Polen nach Kriegsende abgetretenen Gebieten, das man auf 2 Milliarden Mark schätzen kann. Über dieses öffentliche Eigentum ist leider schon längst zu langwierigen Verhandlungen entschieden worden. Der Verfallter Betrag bestimmt, daß sämtliche von Deutschland an die Alliierten übergebenes Eigentum bei den Alliierten bleiben und Deutschland auf Reparationskonto aufge-liefert werden soll. Sowohl der Demagogen als auch das Po-lenabkommen bestimmen aber, daß mit den deutschen Reparations-zahlungen sämtliche gegenseitigen Ansprüche abgegolten sind. Es widerpricht also dem Sinn und Wertes des Youngabkommens, die staatlichen Forderungen an Polen aufzuschreiben, und nur deutsch-polnische Demagogen laßt sich so tun, als be-ständen diese Ansprüche noch und wären von der deutschen Regie-rung prelszugesetzt worden.

Gegenstand der Verhandlungen mit Polen konnten daher nur die privaten Ansprüche aus den von Polen vorgenommenen Liquidationen sein. Diese Ansprüche auf Entschädigungen für zu niedrig bemessene Liquidationserlöse werden auf mehr als 500 Millionen Mark geschätzt. Ihnen lesen polnische Förde-rungen an Deutschland gegenüber, die von polnischer Seite mit sich tun, was das Mark angeht, werden. Es Abkommen etwa 800 Millionen Mark geschätzt, die von polnischer Seite nicht tun, was das Mark angeht, werden. Es Abkommen etwa 800 Millionen Mark geschätzt, die von polnischer Seite nicht tun, was das Mark angeht, werden. Es Abkommen etwa 800 Millionen Mark geschätzt, die von polnischer Seite nicht tun, was das Mark angeht, werden.

Ammerich, Deutschland bringt mit der gegenseitigen Aufrech-nung für die beiderseitigen Ansprüche finanzielle Opfer. Dem stehen aber wichtige Sicherungen gegenüber, die das Abkommen den Deutschen in Polen verschafft. Zunächst wird die Entschädigung der Youngabverhandlungen, daß mit den Liquidation-erlösen endgültig Schluss gemacht werden soll, in ein ein-zigiges Verpfändung Pfand verwandelt. Dabei hat Deutschland der polnischen Regierung nach des Zugeständnis abge-rungen, daß sie nicht bloß in der Zukunft auf jede Liquidation deutschen Besseres verzichtet, sondern auch solchen Verzicht frei-gibt, der sich am 1. September 1929 noch in deutscher Hand be-fand, aber rechtlich schon der Liquidation unterlag. Das bedeutet, daß endlich, nach einem Jahrzehnt schwerer Verhandlungen deut-schen Besseres in Polen, die Reichsicherheit für die Deutschen Polens wiederhergestellt wird.

Auch eine Gefahr, die einen Teil des deutsch-polnischen Besseres droht, wird durch das Abkommen abgemindert. Als Preußen vor dem Kriege im polnisch sprechenden Osten die große Anleihenaktion durchführte, wurde bestimmt, daß der Anleihenkommission beim Überlegen von Siedlungsland in fremde Hände ein Rück-laufrecht des Siedlungslandes gegeben werden sollte. Man wollte damit natürlich verhindern, daß das Siedlungsland in pol-nische Hände übergehe. Nach der Abtretung dieser Gebiete an Polen drohte nun die Gefahr, daß sich dieses Rücklaufrecht gegen die deutschen Siedler selbst wenden würde; denn Polen beanpruchte als Rechtsnachfolger der preußischen Regie-rung dieses Recht für sich. Das wurde zwar von deutscher Seite bestritten, weil Preußen das Rücklaufrecht nach Kriegsende auf die polnische Regierung abgetreten hatte. Aber dieser Rechtsstreit ist noch nicht ausgetragen und sein Ausgang sehr unklar. Nun aber hat Polen im Liquidationsabkommen auf das Rücklaufrecht ein für allemal verzichtet (allerdings nur, wenn bestimmte Bedin-gungen beim Vermögensübertrag erfüllt sind). Damit ist für 12 000 deutsche Bauernfamilien in Polen der Landbesitz im Erbfall gesichert.

Es wird auf deutscher Seite mißbilligend gesehen, daß vom deut-schen Liquidationsabkommen reiflos beigestimmt wurde. Es ist bitter, daß nach all dem Unrecht, das Deutschland und den deut-schen in Polen angetan wurde, noch einmal von deutscher Seite auf Rechtsansprüche gegenüber Polen verzichtet werden muß. Es ist bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, Polen zu einem bedingungs-losen Verzicht auf das Rücklaufrecht zu bewegen. Vermutlich die polnische Regierung eine finale Durchführung dieser Vertragsauf-richt zugunsten hat. Aber diese Opfer sind durchaus tragbar, wenn man berücksichtigt, daß mit ihnen endlich die vollständige Bereini-

gung des schweren Liquidationsstretes zwischen Deutschland und Polen erlaubt ist, daß endlich das Damoclesschwert der Liquidation und des Wiederaufrechts, das noch immer drohend über den Häuptern der Deutschen in Polen hing, verschwinden ist. Aber die Tragweite des Abkommens geht noch weiter. Die Vereinigung des Liquidationsstretes und die endgültige Sicherung des deutschen Besitzes in Polen ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß endlich nach den Jahren des Handelstretes mit Polen, der beide Länder schwer gelidigt hat, der deutsch-polnische Handelsvertrag zustande kommt. Und erst mit diesen beiden Verträgen, dem Liquidationsabkommen und dem Handelsvertrag, wird der militärische Kriegszustand der elf Jahre nach Kriegsende noch immer zwischen Deutschland und Polen besteht, endlich aufgehoben. Von der Wiederverfestung des Wirtschaftstretes zwischen diesen beiden vielfach aufeinander angelegenen Ländern wird die Volkswirtschaft beider Länder den größten Nutzen ziehen.

Vorpiel.

In einer Konferenz der Führer der Regierungsparteien, die am Montagvormittag unter Vorhitz des Reichstages und in Anwesenheit der meisten Reichsminister in der Reichstagskammer stattfand, erlatete der Außenminister Bericht über den Stand der Saarverhandlungen und über den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag. Es schloß sich daran ein Bericht über den Stand der Verhandlungen mit Polen. Eine Festlegung der Liquidationsabkommens erhoben wurden. Eine Festlegung der Liquidationsabkommens erhoben wurden. Eine Festlegung der Liquidationsabkommens erhoben wurden.

Die am kommenden Donnerstag stattfindende zweite gemeinsame Beratung des Reichstages mit führenden Parlamentariern der Regierungsparteien, die sich mit den Finanz- und Steuerfragen beschäftigen soll, wird in der bürgerlichen Presse als Probe auf die Haltbarkeit der Koalition angesehen. Bei all den zur Zeit im Vordergrund der Erörterungen stehenden politischen Hauptfragen: Saar, Liquidation der Finanzen, Dreieck, ist es selbst um das Kernproblem Reichs Finanzen in der nächsten Zeit im deutschen Reich innerpolitisch gesichert? Mehr links oder mehr rechts? Unter sozialdemokratischer Führung oder der einer Mittelpartei, etwa des Zentrums? Bei den Beratungen handele es sich um eine Art Vorstudium der entscheidenden politischen Gruppen. Jede wolle wissen, mit wem sie zu rechnen und gegen wen sie zu kämpfen habe. Von diesem Gesichtspunkt aus erklärt die „Weltliche Zeitung“ auch die Haltung des Zentrums in der Beratung am Montag. Sie bemerkt, der Vorbehalt des Zentrums in der Frage des Liquidationsabkommens sei nur dadurch zu erklären, daß das Zentrum Verbindungen vermeinen möge, „es ein klarer Lebenslied über die innerpolitische Gesamtsituation möglich sei.“

Der Youngplan im Reichstage.

In einer Woche beginnen die Verhandlungen.

Der Weltkennrat des Reichstages hat am Montag, mittags 12 Uhr, die erste Lesung des Youngplans zu beenden. Am Tage vorher sollen sich die Fraktionen mit diesem Thema beschäftigen. Für die Aussprache in der ersten Lesung wird damit gerechnet, daß zwei Rednerreden von jeder Fraktion zu Worte kommen, wobei die erste Lesung drei Tage in Anspruch nehmen würde. Danach sollen die betreffenden Gesetze zur gemeinschaftlichen Beratung an den Ausschüssen ausgeben und den Haushaltsausschüssen überwiegen werden. Während dieser Ausschussberatungen sollen im Plenum die Wohnungsfrage, die Gesundheitsreform und der Postgesetz für 1929 beraten werden. Für die weitere Zeit ist in Aussicht genommen, daß der Reichstag bis Ostern durchgehen wird mit einer einzigen Pause in der Fastenwoche vom 2. bis 9. März. Die erste Lesung des neuen Etats für das Jahr 1930 wird kaum vor Anfang März stattfinden können.

Der Preussische Landtag

verabschiedete am Montag mit der Beratung der Einzelteile in zweiter Lesung den Haushalt des

Wohlfahrtsministeriums. Dabei forderte W. Gaele-Wiesbaden (Soz.) Änderungen der Polizeiverordnung über Arbeiterfürsorge auf Bauten und möchte die Regierung zur energischen Durchführung des Baumschutzgesetzes zur Erhaltung der Uferwege, die namentlich in der Provinz Brandenburg noch sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Hierauf begann die zweite Lesung des

Haushalts des Finanzministeriums.

Wg. Simon-Meulau (Soz.) beantragte für seine Fraktion einleitend, daß sie mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage Preussens keine Anträge auf Höhergruppierung von Beamtenstellen einbringt. Demnach hätte die einen Ausgleich her durch die Beamtenbesoldungsordnung von 1927 entstanden hätte, namentlich bei den mittleren und unteren Besoldungsgruppen, für notwendig. Ganz entschieden müßte die Höhe der Reduzierung gegen die Beamenschaft und gegen die Verdienste, die Finanznot Preussens und des Reiches auf die Besoldungsreform von 1927 zurückzuführen, zurückzuführen werden. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit sollte das Ministerium darauf halten, bei den Gemeinden und Staatsarbeitern jetzt keine allgütigen Entlassungen vorzunehmen. Bezüglich der Gemeinde- und Staatsarbeiter sorge überhaupt noch manches im argen und das Ministerium sollte, um dieses Notleid sofort abzumildern zu lassen, endlich einen Referenten aus den Reihen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes bestellen. Schließlich wies der Redner noch die Angriffe der Deutschnationalen zurück, daß die Sozialdemokratie gegen das Berufsmonopol sei. Genau das Gegenteil ist richtig. Das gesamte Reich des Berliner Pariesanges der Sozialdemokratie vom Jahre 1924.

Von den bürgerlichen Fraktionen sprach nur noch der Abgeordnete Cebraach (Dtn.), der ebenfalls für einen Härteausgleich bei den unteren und mittleren Beamtengruppen eintrat. Die Republik wäre nicht minder als die Monarchie auf ein zufriedenes Beamtentum angewiesen.

Die Weiterberatung des Etats des Finanzministeriums wurde auf Dienstag 12 Uhr vertagt. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Abstimmung über den Wohlfahrtsstat.

Der Reichstagspräsident wird voraussichtlich heute wieder herabgesetzt. Heute nachmittag findet eine Sitzung statt, in der das vorläufige beschloßen wird.

Schöber kommt nach Berlin. Wie nunmehr feststeht, wird der österreichische Bundeskanzler Dr. Schöber am 21. Februar, abends die Reise nach Berlin antreten und dort bis zum 24. Februar verweilen.

10 Jahre Betriebsrätegesetz.

Am heutigen 4. Februar ist zehn Jahre seit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes verlossen. Schon bei seinem Entstehen war dieses für das wirtschaftliche Wohlfühlensrecht der Arbeiter so wichtige Gesetz von der „Parteien Gunst und Haß“ sehr stark umfritten. Die damals noch existierende Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie konnte sich zum Beispiel nicht zu seiner Annahme entschließen. Daß die Arbeitgebervertreter der bürgerlichen Parteien im Betriebsrätegesetz bereits den Anfang der bösewärtigen Diktatur erblickten, verleiht sich beinahe von selbst und der Widerstand der Unternehmer gegen das Gesetz blieb auch nicht ohne Erfolg: der „Sturz im Hause-Standpunkt“ blieb in den Betrieben fast gänzlich erhalten.

Aus dem von den Arbeitern während der November-Revolution so dringend geforderten Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft ist eigentlich in der Hauptsache nur noch ein Recht der Mitwirkung übrig geblieben; denn entscheidend für alle Fragen des Betriebes und der Unternehmung blieb der Arbeitgeber. Die „Erfüllung des Betriebsrätegesetzes“ wird in der bis heute geübten Sprachpraxis der Arbeitsgerichte in Betriebsräte-Entscheidungen als oberster Gesichtspunkt angesehen. Da aber der Zweck des kapitalistischen Betriebes die Erzielung möglichst hoher Profite ist und dies nur auf Kosten der Arbeiterschaft erzielt werden können, muß die „Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber“ (§ 1) bei jeder solchen juristischen Auslegung häufig recht enge Grenzen finden.

Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen das Betriebsrätegesetz selbst in Arbeitstretten auf starke Stoppis löst und nach zehn Jahren seines Bestehens etwa 50 Prozent der Arbeiterentscheidungen seinen Gebrauch macht. Trotz dieser wenig erfreulichen Tatsache hat das Betriebsrätegesetz für die Arbeiterschaft manchen Fortschritt gebracht. Es hat vor allem recht wertvolle Kräfte unter den Arbeitern in einem nie geahnten Ausmaß für das proletarische Interesse aktiv gemacht, wobei natürlich nicht zu vergessen ist, daß diese Mitwirkung der proletarischen Anteiligen in Bezug auf Ausbildung an die Arbeiterbewegung große Fortschritte stellt. Im Jahr 1927 wurden von den freien Gewerkschaften bereits insgesamt 17,5 Millionen Mark für Bildungszwecke ausgeben. Der Erfolg war, daß die Betriebsräte lernen, die ihnen gewährten Rechte zu Gunsten der Arbeiterschaft auch nach Möglichkeit auszunutzen.

Wirtschaftlich führte das zu einem gesteigerten Produktionsniveau in vielen Betrieben des Privatsektors. Die im letzten Jahre von den deutschen Arbeiterparteien erzielten 800000 Streikfreie sind hierauf ein sprechender Beweis.

Wie in der politischen Demokratie sich die Arbeiterschaft nicht mehr von der Staatsleistung verdrängen läßt, so wird sie sich auch in der Wirtschaft Schritt für Schritt Geltung verschaffen. Der Arbeiter sieht heute nicht mehr abseits von der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung der Dinge, und die Betriebsräte sind bei dem Einbringen in die Führung des wirtschaftlichen Betriebes wichtige Partner. Die Arbeitgeber machen ihnen den Vorwurf, daß ihre Tätigkeit im allgemeinen auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer beschränkt und eine Unterfütterung des Arbeitgebers in der Erfüllung des Betriebsrätegesetzes vermieden lassen. Dieser Vorwurf verleiht am ehesten einmal, daß die Betriebsräte in der Tat manhaft und vielfach auch erfolgreich für das Arbeiterinteressen eingetreten sind und zweitens, daß das deutsche Unternehmertum noch weit davon entfernt ist, die Mitarbeit der Arbeiterschaft im Betrieb für die Steigerung der Produktivität so nutzbar zu machen, wie das zum Beispiel in Amerika der Fall ist. In Amerika sind heute noch die Arbeiter am weitesten gekommen nicht nur eine größere Produktion pro Arbeiter, ein höherer Lohn pro Arbeiter und mehr Betriebsräte pro Arbeiter, sondern auch ein „Mehr an Betriebsleistung“ pro Arbeiter zu verzeichnen. Die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Betriebsleitung wird drüber überaus wohl eingestuft. Das deutsche Unternehmertum hat es sich nicht verstanden, im Weg einer stärkeren Einflutung des Arbeiterinteresses die Steigerung der Produktivität zu beschleunigen.

Nicht die „Wirtschaftsgemeinschaft“, d. h. der proletarische Solidarität gerührende Betriebssozialismus noch der von den Kommunisten geforderte Betriebsanarchismus haben sich durchsetzen können. Diese beiden Rippen wurden durch die soziale Arbeit der freigezwecklichen Wirtschaftlichen Betriebsräte zerstört. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Arbeiterschaft wird auch in Zukunft den freigezwecklichen Betriebsräten allein ihr Vertrauen schenken. Dieses Vertrauen wird es in diesem Frühjahr auch durch die Tat bezeugen, indem sie die jährliche gegenwärtige Tätigkeit der Betriebsräte mit einem glänzenden Sieg der freigezwecklichen Arbeiter bei den Betriebswahlen fröhlich begrüßen.

Big Bill zurückgetreten.

Washington, 4. Februar. (GZ.) Der Präsident des höchsten Bundesgerichtshofes,



William Taft.

ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Sein Jaldand ist beforamtstregend. Präsident Hoover nahm das Richteramt des Taft an und ernannte Charles Hughes zu seinem Nachfolger. Taft war früher Präsident der Vereinigten Staaten. Mit seinem Rücktritt scheidet eine markante Persönlichkeit aus dem öffentlichen Leben Amerikas. Als sein Nachfolger war auch Coolidge, der Vorgänger Hoovers, genannt worden. Der Vorsitz des höchsten Gerichtshofes ist das Amt, das gewöhnlich vom gewählten Präsidenten geleitet wird.

Der Sturz des Silbers.

Der Silberpreis erreichte eine Tiefstelle, wie er seit hundert Jahren nicht vorgefallen wurde. Das Angebot an Silber stieg in den letzten Jahren ansehender, die Nachfrage ging aber gleichzeitig zurück. Da etwa 70 bis 80 Prozent der Weltproduktion an Silber als Nebenprodukt bei der Blei-, Zink- und Kupferproduktion gewonnen werden, hängt der Umfang seiner Erzeugung nur in geringem Maße von seinem Preis oder von seinem Verbrauch ab. Angehends der Weltproduktion der erwähnten drei Metalle in den letzten Jahren ist auch die Silberproduktion kaum zurückgegangen. Der Silberverbrauch ging aber gleichzeitig zurück, da die Länder, die eine Silberwahrung hatten, zum Teil bereits zur Goldwahrung übergegangen sind, zum Teil in Begriff leben an Stelle der Silberwahrung eine Goldwahrung zu schaffen. Große Silbervorräte werden aus diesem Grunde in Indien auf den Markt gebracht und brücken auf den Silberpreis. Länder mit Silberwahrung sind noch China, Indo-China, Persien und Westchina. Der Uebergang Indo-Chinas zur Goldwahrung dürfte bald erfolgen, ja es wurde in China selbst ein Gesetzentwurf zwecks Einführung der Goldwahrung für Mitte 1930 eingebracht. In China wird zurzeit mehr Silber abgebaut als gefaßt.

Von dem Reichtum des Silbers ist Mexiko, das etwa 40 Prozent der Weltproduktion liefert, am meisten in Mitleidenschaft gezogen, zumal dort Silber in zahlreichen Bergwerken als Hauptprodukt gewonnen wird. Umfangreiche Betriebsstilllegungen haben in Mexiko bereits stattgefunden. Die Entlassungen von ungefähr 700 Bergarbeitern ist beim weiteren Preisfall des Silbers zu erwarten. Die mexikanische Regierung hat zur Veranlassung von Arbeitsmaßnahmen die Einführung einer internationalen Silberkontrollkommission vorgeschlagen. Man denkt an die Bildung einer Kontrollorganisation, die die überschüssigen Silbermengen aus dem Markt nehmen und nach Maßgabe des Weltbedarfs allmählich auf den Markt bringen soll. Außerdem steht man Hoffnungen auf die Notenbanken der Welt, die ein Interesse daran haben, den Uebergang

der Silberländer auf Goldwahrung zu verhindern. Dieser würde nämlich den Goldbedarf der Welt stark erhöhen, was angesichts der befristeten Goldverknappung unerwünscht ist. Deshalb hofft man, daß der Uebergang der Notenbanken, falls sie in dieser Richtung Stellung nehmen, den Uebergang Chinas zur Goldwahrung verhindern wird.

Der Staatsanwalt beantragt...

Im Uferwonenfischer-Prozess

stellte Oberstaatsanwalt Lehmann am Montag folgende Strafanträge: Krumm die wegen fortgesetzten Urkundenfälschens 2 Jahre, 6 Monate Gefängnis, wegen Urkundenfälschung 2 Monate, 6 Wochen, 10 Monate Gefängnis, Schatzverrat 10 Monate Gefängnis, Verbrechen 2 Jahre 4 Monate, bzw. 2 Monate, zusammen 2 Jahre 5 Monate Gefängnis, Hell 1 Jahr 6 Monate wegen Urkundenfälschens und 2 Monate wegen Betruges, zusammen 1 Jahr 7 Monate, Schmidt, Rieger und Dorn je 1 Monat Gefängnis. Da Schmidt nicht vorbestraft ist, beantragte der Oberstaatsanwalt die Verbannung der Gefängnisstrafe in eine Arbeitskolonie für 6000 Mark. Der Antrag gegen Dr. Becker lautet auf Freispruch. Im Falle Dr. Weber soll das Verfahren eingestellt werden.

Eigentümlich berührt die Begründung dieser Anträge. Während bei den Georgiern, denen keine ehrlöse Handlung nachgehört werden kann, die politischen Bezugsgründe nicht so schwer in die Waagschale fallen, daß sie eine Gefängnisstrafe befehlen, werden bei den Uferwonenfischern die politischen Bezugsgründe so beachtet, das den Ausländern besonders verleiht wird, ist der Umstand, daß die deutsche Staatsangehörigkeit materiell gefährlich und auf die Anknüpfung gebracht haben. Die Unausführbarkeit ihres Unternehmens wird merkwürdigerweise als strafverjährbar, nicht als strafmildernd betrachtet. Bei Schatzverrat soll man angenommen, er habe schnell reich werden wollen. Hell sei ähnlich zu beurteilen wie die beiden Georgier; bei Böcke wird Eigenmut als Motiv der Tat unterstellt.

Der Abschluß der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wird in den Berliner Kreisen als gesichert angesehen. Ende des Monats sollen die Schlussverhandlungen ins Reine gebracht werden. Aber verschiedene Einzelheiten wird noch während der Berliner Verhandlung des deutschen Gesandten in Warschau verhandelt werden. So erwidert ist zum Beispiel noch einiges über die Berechnung des Kontingents, ferner die Schlussformulierung verschiedener Bestimmungen des Niederlassungsrechtes sowie die Zulassung der deutschen Dampfmaschinen-Gesellschaften zum politischen Handelsverkehr.

Die Bank für Island ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sie hat 4 1/2 Millionen Markkapital. In den letzten drei Jahren wurde keine Dividende gezahlt. Die Bank schuldet dem dänischen Staat vier Millionen Kronen.

Gewerkschaftliches.

5 Millionen Gewerkschaftler.

Der Mitgliederstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes betrug nach den vorläufigen Feststellungen Ende September des vergangenen Jahres 4 957 621 gegen 4 942 986 im Juni und 4 875 535 im März. Der bis September erreichte Zuwachs an Mitgliedern gegenüber der Zahl am Ende des Vorjahres befreit sich auf 90 635 oder 1,9 Prozent.

Das vergangene Jahr war ein Jahr der Expansion und Depression, für die Gewerkschaften eine Zeit von Wogen. Trotz dieser Schwierigkeiten, trotz ungeheurer Gerüttelung des Arbeitsretzes, trotz Kommunistenpele, kein Stillstand, kein Rückschritt, sondern jähres Vormarschbringen! Die freie Gewerkschaftsbewegung ist, wie man sieht, geduldet. Sie wird viele, die ihr einen baldigen Tod prophezeien, überleben.

40 000 Transporter Arbeiterarbeitete treten am heutigen Dienstag in den Streik. Die Abstimmung des Arbeiterbeitragsbeschlusses ergab eine überwältigende Stimmzahl von 10 000 gegen 450 für den Streik. Die Arbeiter fordern Aufhebung der fünfjährigen Arbeitswoche, verbesserte Arbeitsbedingungen und ein Schlichtungsgericht für Arbeitskonflikte.

Spaniens neues Kabinett.



Primos Nachfolger General Berenguer (in der Mitte, in großer Glatzhaube) verläßt mit seinen Ministern nach der Eidesleistung vor dem König das Marbrer Schloß.

Primo verabschiedet sich.

Paris, 4. Februar. (E.F.) Der gefürchtete spanische Diktator Primo de Rivera hat am Montag dem König einen Abschiedsbesuch abgelegt. Er hatte dann noch eine längere Unterredung mit seinem Nachfolger General Berenguer. Dieser hat am Montag einen Aufzug in Wehr und Wolf erlassen, wozu er zur Wehr und Disziplin auffordert. Die neue Regierung, betont er, werde sich zunächst bemühen, den inneren Frieden zu sichern und eine Entspannung der Lage herbeizuführen. Jeder Mann habe die Pflicht, dabei mitzuwirken, denn es ist schneller dieses Ziel erreicht, wenn alle mitwirken, als die Rückkehr zu normalen parlamentarischen Verhältnissen.

Ein schwerer Junge ausgebrochen.

Aus dem Gefängnis in Berlin-Tegel entpand der berüchtigte Mafseninbrecher Herbert Sandow. Man hat bisher, trotz sorgfältiger Verfolgung, von ihm keine Spur entdecken können. Sandow ist einer der gefährlichsten Einbrecher. Er hat vor allem in Amerika große Taten geleistet und Räubereien begangen und ist reichlich vorbestraft. An den Strafanstalten hat er wiederholt Meutereien angezettelt. Wiederholt ist es ihm auch gelungen, aus Strafanstalten auszuweichen.

Ein Tegel verließ Sandow zur Zeit eine Strafe von sechs Monaten wegen Meuterei. Im Jahre 1926 war er in Berlin öffentlich aufgefunden und wegen Appassierens in das Gefängnis eingeliefert worden. Niemand mußte, mit dem man es eigentlich zu tun hatte. Sandow ist sich damals für einen Seemann aus. Er führte auch eine Seemannsliste mit sich, die eines Tages, weil sein Vernehmen unklar, geöffnet wurde. Man fand darin einen überaus wertvollen Anhalt. Die Liste war mit den vollständigen Schiffsnamen von oben bis unten gefüllt. Nach seiner Meinung verlangte die Kriminalpolizei Auskunft über die Namen. Sandow ist erkrankt, er hatte sie zum Teil von seinem Sohn gestohlen, zum Teil während des Aufenthaltes in Stuttgart an Besessenen mitgebracht. Sandow ist verurteilt nach der Entlassung im Dezember 1926 einen Einbruch in eine Grammel-Willa, wobei er Schmuckstücke im Werte von etwa 5000 Mark erbeutete. Bald darauf wurde er festgenommen und mit 2 Jahren 4 Monaten Zuchthaus bestraft. Am Februar 1927 entwich er aus der Strafanstalt Strausberg. Nach einem 3/4 Jahr wurde er von neuem festgenommen. Sandow ist aber auch die Verurteilung seiner Namenliste selbst. Er hatte sie in Amerika, vor allem in der Nähe von New York erbeutet. In den Vereinigten Staaten war er mehrfach zu schweren Verbrechen verurteilt worden und einmal hat er drüben in einem New Yorker Gefängnis eine Meuterei angezettelt. Auch in Amerika war er wiederholt aus Strafanstalten ausgebrochen.

Die Museumsbombe.

Wann London hat sich am Sonntag frühzeitig aufgeregt, weil in den Sonntagmorgen die Nachricht kam, daß in der indischen Abteilung des britischen Museums eine ganz gefährliche Bombe gefunden worden sei. Angeblich wäre die Sprengladung fast ganz unentzündet, die ganze Anordnungsart aufzulösen zu lassen. Zweifellos aber lag die Explosion als solche auf, denn die Polizei hatte festgestellt, daß die Bombe von zwei Personen gekauft worden ist, die die Polizei hatten, über die ganze Geschichte eine große Reportage zu schreiben, um sie dann meistbietend an die Sonntagsgesellschaften zu verkaufen. Die Polizei ist gelungen: die Gelungen hatten ihre Sensation. Wer die Urheber sind, konnte die Polizei bis jetzt nicht ermitteln.

Ueber die Vorbereitung des Tricks wird noch bekannt: ein Mann, der sich als Mann nannte, telephonierte bei der Polizei an, um ihr mitzuteilen, daß er in einem Restaurant in Soho, dem Strand der Kaufleute, die Unterhaltung von zwei indischen Studenten mit angeht habe, in der die Vorbereitung getroffen worden wäre, die indische Abteilung im britischen Museum explodieren zu lassen. Natürlich schickte die Polizei sofort einige beehrte Leute in das Museum, die auch eine Bombe fanden. Außerst besämen ging man an die chemische Untersuchung der Bombe und stellte, verumlicht nicht ganz unentzündlich, fest, daß es bei Gott einen kleinen Knall gegeben hätte, aber bei Widdha keine Vernichtung der indischen Schätze.

Mittelalterliche Streifen in England. Die in England nach immer gebräuchlich mittelalterliche Strafe der Auspeisung von Strafgefangenen mit der neunmännigen Kasse hat am Montag, wenn auch indirekt, ein Lobesopfer gefunden. Der 37 Jahre alte Richter Spley war am Freitag vor einem Londoner Gerichtshof wegen eines Verfalls auf zwei Koffer zu zehn Jahren Zuchthaus und 15 Schlägen mit der Kasse verurteilt worden. Die Strafbefehle sollte am Montag ausgeführt werden. Kurz dem Wege zur Strafammer sprang Spley im Wankenschritt vor dem Gericht. Die Richter, die mehrere Stunden lang gegen ein eisernes Gitter und hörte wenige Minuten später an den Folgen der schweren Verletzungen.

Strafverleumdung in Belgien. In der Legationskurie von Rom in Ostfriesland ist wieder ein Generalkriegsangehöriger ausgebrochen. Von insgesamt 10000 Arbeitern sind seit Montag früh 8000 im Ausland.

Tüchtige Mörder gesucht.

Eine mit Geld erkaufte Selbstbestätigung?

Die Kulmbacher Mordbaffäre des Brauereibesitzers Heinrich Meußbörfer wächst sich neuerdings mehr und mehr zu einem Skandal aus. Die Behauptung seines Verteidigers, daß die zwei Arbeiter Schubert und Bopp „gehandelt“ haben, einen Anbruch an Frau Meußbörfer begangen zu haben, soll zwar der Wahrheit entsprechen, jedoch handelt es sich offenbar um eine mit Geld erkaufte Selbstbestätigung.

Auf der Redaktion der Vaganten sozialdemokratischen „Fränkischen Volkstimme“ erschienen am Montag der Bruder und die Schwester des Schubert und erklärten übereinstimmend, daß der Frau ihres Bruders 6000 Mark gegeben wurden, wenn ihr Mann sich als Mörder der Frau Meußbörfer bestrafe. Dieses Angebot kam von dem Bruder des merkwürdigen Kommerzienrats, dem früheren Landtagsabgeordneten und Mitinhaber der Münchbrauerei in Kulmbach, Wilhelm Meußbörfer. Zum Beweis für diese Behauptung legten die Geschwister Schubert den Originalbrief Wilhelm Meußbörfers an Frau Schubert vor, sowie eine Bestätigung der Vereinsbankstelle, auf der die 6000 Mark für Frau Schubert bereits deponiert waren. Die gleichen Angaben machten die Geschwister Schubert jedoch auch gegenüber dem Staatsanwalt, der die Untersuchung gegen den verhafteten Kommerzienrat führt. Sie sind nur durch einen Zufall in den Besitz der beiden Schreiben gelangt, die von ihrer Schwägerin sorgfältig geheimgehalten wurden.

Zur melde Weise die Selbstbestätigung der beiden Arbeiter zustande kam, ist im einzelnen noch nicht aufgeklärt. Bestätigt sind beide noch in Haft. Sie werden jedoch nach Witterungen des Staatsanwalts bald entlassen werden. Der Mordbesticht gegen Kommerzienrat Heinrich Meußbörfer, der zur Zeit in der psychologischen Abteilung des Landesgerichts Nürnberg auf seinen Geisteszustand untersucht wird, hat sich durch die geschriebenen Umstände jedenfalls noch erheblich verstärkt.

Ein Katakomben gefangen. Am Rabe des brasilianischen Solens Jheos ist der riesige Frachtbunker „Gudmundra“ mit 22 000 Tonnad Katakomben gefunden. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

„M“ gefasst. Am Montag nachmittag gelang es der Berliner Polizei, den arbeitslosen Tischler Alfred Höpfer, genannt „M“, in Berlin in einem Quartier am Kopenplatz zu verhaften. Höpfer ist der Führer jener dreißigköpfigen Bande, die vor kurzem auf den nationalsozialistischen Studenten Weisel in der Großen Frankfurter Straße einen Heberfall verübte und Weisel lebensgefährlich verletzte. Höpfer, der Führer einer in Berlin in der Straße der Sozialisten und verächtlichst schwer vorbestraft ist, legte auf dem Polizeipräsidium ein Fiktionsfoto ab. Er selbst hat auf Weisel geschossen. Nach der Zeit sind er mit seinen Komplizen, dem Arbeiter Lange und einem gewissen „Bipfel“ in einer Autoabdrücke. Lange ist bereits vor einigen Tagen festgenommen worden. Höpfer nächtigte in den letzten Tagen bei verschiedenen Freunden, die nicht gemüht haben wollen, wen sie beherbergen.

Überfall auf einen Zug. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde in einem Fernzug zwischen Sauerbrunn-Zemmer auf freier Strecke die Rotkreuz-Kommission des Reichsrotkreuzes durch einen Heberfall mehrerer maskierter Banditen der einzelnen Abteile und forderten die Passagiere auf, sofort auszusteigen, da der aus der Gegenrichtung kommende Güterzug eben Zugentlastung auf den Personenzug aufstehen könne. Der Zugführer bemächtigte sich eine Bank, Männer und Frauen sprangen aus den Waggons, während die Banditen die Gepäckstücke durchsuchen und sich alles aneigneten, was ihnen Brauchbar schien. Als sich die Erregung gelegt hatte, was ihnen Brauchbar schien, als sich die Banditen fortziehen wollten, hatten die Verbrecher zum Teil bereits das Weite gesucht. Mit dem Rest geriet das Zugpersonal in ein Feuergefecht, ohne daß einer der Verbrecher gefasst werden konnte. Der Zug fuhr schließlich mit mehrfacher Verzögerung weiter.

20 Seelen ertrunken. Der baltische Dampfer „Reig“ ist im finnischen Meerbusen in der Nähe des Leuchtturms Ederström zwischen Helsingfors und Kotka auf Grund geraten. Die gesamte Besatzung von 20 Mann dürfte um Leben gekommen sein.

Heberfall auf ein Postauto. Auf offener Straße wurde zwischen zwei Dörfern ein Postauto erschossen und nur mit Postbeamten besetztes Postauto, das den Jubringeried zu den Postfilialstellen dient, von zwei Männern unter Waffenüberfall. Der Postbeamte wurde gezwungen, den Räubern die Postkasse und 6000 M Bargeld, sowie Postanmeldungen und Wertbriefe herauszugeben.

Gefährlicher Mord. Im Wald bei Maudau (Wolg.) wurde die 18 Jahre alte Tochter des Maternisterei Meier in Schweden ermordet aufgefunden. In der Nähe lag ein Auto im Straßengraben. Der Chauffeur wurde tot, mit geöffneten Pulsadern und einem Messer in der Brust in einer in der Nähe gelegenen Lammenschmiede gefunden.

Doppelmord und Freitod. Der Bandit Max Boelling in Stalupönen (Litauen) hat in der Nacht zum Montag seine beiden Kinder mit Wollbüchsen und Patronenmesser getötet und sich dann vor einen Zug geworfen. Boelling war im Jahre 1922 nach Stalupönen gezogen. Inmitten der Stadt tauchte er sich ein großes Gut. In der ganzen Gegend galt er als maßgebend. Mit der Inflationzeit geriet er infolgedessen immer stärker in finanzielle Schwierigkeiten hinein, die ihn schließlich zum Einbruch des Gutes gegen einen kleineren Hof von 15 Morgen zwangen. Die Frau Boellings starb vor 2 Jahren. Dem Mann blieb nun noch seine 17jährige Tochter und ein 22jähriger Sohn. In beiden Kindern hing Boellings mit großer Liebe. Er hatte ihnen eine gute Schulbildung zu leisten können. Der Sohn absolvierte die höhere Lehranstalt für Landwirte in Sandoberg-Warthe, die Tochter war eine Schülerin des Stallpöner Gyzemus. Die Familie lebte einträglich zusammen, aber immer schwieriger wirtschaftliche Verhältnisse verdrängten sie. Boelling sah seinen Ausweg mehr. Die entsetzliche Mordtat, die er zur Tat setzen werden wollte, wurde erst durch einen Zufall verhindert. Er sah noch bis zehn Uhr abends in harmloser Unterhaltung mit ihnen zusammen. Dann gingen die Kinder zu Bett und der Vater schrieb einen Abschiedsbrief an den Bürgermeister von Stalupönen. Als er im weiteren Verlauf der Nacht auch alle anderen Dinge geordnet hatte, nahm er eine Wirt zur Hand, erstickte mit ihr den schlafenden Sohn und die schlafende Tochter und schmit dann noch beiden Kindern mit einem Patronenmesser die Kehle durch. In vier Stunden waren alle vier Boelling das Gut in der Wäldung und der Elternbahn verlassen. Verschiedene Stunden später kam man ihn auf der Straße Stalupönen-Mittelfeld liegen, wo ihm der Schmelzger den Schädel zertrümmert und das linke Bein abgerissen hatte.

Der Bruch der Propaganda-Konferenz des russisch-englischen Abkommens durch Sowjetrussland am Montag wiederum Gegenstand von Interpellationen im Unterhaus. Gegenüber dem russischen Reichstag sind die Erklärungen nicht zuzufügen. Er habe seit Oktober im Parlament nicht weniger als 101 auf Russland bezügliche Fragen beantwortet, wovon sich nicht weniger als 42 auf die Propaganda-Tätigkeit Sowjetrusslands im britischen Reich bezogen.

Nobiles Rechtfertigungsversuch.



Auf der Rückreise von Schweden nach Dänemark wollte der verunglückte Luftschiffpilot Nobile einige Tage in Berlin, um der Pressevertretern zu erklären: „Ich habe in Deutschland die größte Objektivität in der Bewertung meiner Arbeit gefunden. Ich glaube daher, daß auch meinem Buche eine gerechte Beurteilung widerfahren wird. Man wird erkennen, daß es Unrecht ist, wenn man mich vorwiegend mit Untersuchungen bei eigentlich sinn- und nutzlos nennen. Ich nicht die Tatsache, daß jetzt auch Deutschland mit seinem Jettin-Luftschiff eine ähnliche Expedition in die Arktis unternehmen will, das beste Argument für mich? Zu Unrecht erfolgte auch der Vorwurf, daß die Italia-Expedition wissenschaftlich nicht genügend vorbereitet gewesen wäre. Grundsätzliche Befragungen mit Ozeanographen, Meteorologen, Erdmagnetikern, Geobotanikern und Botanikern gingen voraus.“ Die Frage, ob Nobile noch mit den Reuten seiner Expedition in Frühling fahre, antwortete er nur bedingt bejahend; mit Joppi und Mariano, die mit Weingrenzen zusammen den verhängnisvollen Marsch durch die Eiswüste unternommen hatten, sei verheißend. Am übrigen würde er sich freuen, wenn ihm durch eine deutsche wissenschaftliche Körperhaft ein Forum zur Verfügung gestellt werden würde, von dem aus er seine Suche vor der deutschen Öffentlichkeit führen könnte. Unter Nobile steht Herr Arthur Berthel, den bekannten Neurologen, Inhaber des Hörschulzentrums für Präventivmedizin, ferner den Dichter H. A. Hoffsch, rechts den Fluglehrerfähigen Hauptmann Willi Meyer.

Verpönte Eisenbahnarbeiter. Der polnischen Polizei ist es gelungen, einer gut organisierten Diebesbande auf die Spur zu kommen, die seit längerer Zeit regelmäßig als Jäger, die auf der Strecke Koblenz-Göppingen verkehren, beschlagen. Auf der Diebesbande gehörte das gesamte Bedienungspersonal dieser Jäger, das in einer Zahl von 12 Personen verhaftet wurde.

Popagelienkrankheit und Popagelienphobie. Die Nachricht vom Ueberhandnehmen der Popagelienkrankheit in Deutschland und der Schicksalskatastrophe hat eine starke Panik unter den Wärdener Popagelienbesitzern hervorgerufen. Bisher hat der Wärdener Zoologische Garten von den erkrankten Tieren 20 wertvolle Popagelien gefangen erhalten, die nach eingehender Untersuchung sich alle als gesund erwiesen haben.

Autounfall in Holland. Auf der Landstraße von Deventer nach Apeldoorn fuhr ein mit 2 Personen besetzter Autobus durch Verlangen der Beente gegen einen Baum. Sämtliche Insassen wurden zum Teil schwer verletzt.

Politischer Radegast in Köln. In der Nacht zum Montag drangen in das Jugendheim der Sozialistischen Arbeiterjugend in Köln-Rath unbekannt Personen ein, zerfügten sämtliche Bilder, Stühle, Spiele und Bücher. Der Schaden beläuft sich auf etwa 800 M. Man nimmt an, daß es sich um einen politischen Radegast handelt.

Aus der Partei.

Karl Frohne achtzig Jahre.

Man muß ein Ziel festsetzen, das der Freiheit der deutschen Arbeiterbewegung schadet, wenn man den Lebensgang Karl Frohnes, der am 4. Februar fast achtzigjähriges Lebensjahr vollendet, schildern will.

Der eben aus der Jahre gestommene junge Schloßergeselle schickte sich, gepackt von Karl's Reden und Schriften dem allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an, fest bald in den vordersten Reihen und wird als fünfundzwanzigjähriger zum Götter Einigungstongreife erwählt. Er wird zum Vizepräsident der Vereinigungs-idee, zieht als einziger Agitator im Bande umher und wird Mitarbeiter der aufstrebenden Parteipresse. Der daud ist er Gegenstand heftiger Verfolgung Sozialdemokraten. Aber das hindert ihn nicht, daß er überall bekannt, und der Hanau-Wahlkreis entbehrt ihn von 1881-1884 in den Reichstag. Dann holen ihn die Altonaer, deren Wahlkreis er mehr als vier Jahrzehnte, bis 1924, im Reichstag vertrat. Seine Bilanz hatte Karl Frohne während des Sozialistengesetzes — aus fast allen Belagerungsgebieten ausgewiesen und doch immer wieder zurückgetrieben, zieht er sich wiederholt Beurteilungen zu und muß so vier Jahre im Gefängnis verbringen. Am Jahre 1898 heiratete Frohne mit Bebel zusammen im Reichstag die große Zuchthauskondamnierte als Redner der Sozialdemokratischen Fraktion.

Karl Frohne war einer der ersten Agitatoren auf dem flachen Lande. Er erntete seine Arbeit die besten Früchte. Nicht nur, daß sein schlesisch-pommerscher Wahlkreis dauerhafter Besitz der Sozialdemokratie blieb. Hier entstand auch eine der besten Parteipropagandaschriften ganz Deutschlands.

Der jetzt achtzigjährige war neben seiner Rednerfähigkeit ein „Bamberger Echo“ stark publizistisch tätig. Eine ganze Reihe Broschüren und Schriften entkamen seiner Feder. Er, der schon als Zweizehnmündigjähriger einen Gedichtband herausgab, hat später vor allem im Auftrag der Gewerkschaften, eine Reihe Bücher veröffentlicht, „Arbeit und Kultur“, „Monarchie über Republik“ und viele andere. Auch heute noch ist der geistig Frische und literarisch tätig. Er bearbeitet zur Zeit im Auftrag der Gewerkschaften ein Buch über deren Geschichte.

Karl Frohne's Name ist verbunden mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, und so werden über den Kreis der engsten Heimat hinaus an seinem Geburtstag viele Tausende seiner Begrüßungen gebenden.

Weisse! Wochen!

Wir bringen in diesen
WOCHEN
EISSE
AREN guter Qualität
zu sehr billigen Preisen zum Verkauf



Ferner vorzügliche neue Kleider- und Seidenstoffe für die Konfirmation!



Reichenbach

Stadt-Theater.
Dienstag, den 4. Februar 1930, 20 bis 22 Uhr.
„X Y Z“
Lustspiel in drei Akten von Klambund (0.30 bis 8.00)
Mittwoch, den 5. Februar 1930, 20 bis 22 1/2 Uhr.
„Uschi“
Operette von Jean Gilbert (0.30—8.00)

Die Erneuerung des Antrichs der Stuhl-
sellenwände im alten und neuen Städtchen an
dem südlichen Schlachthof soll in 2 Boffen
öffentlich vergeben werden. Beschlossene, mit
entsprechender Aufschrift verlebene Angebote sind bis
Sonntag, d. 8. Februar d. J., vorm. 12 Uhr
dem Stadtbauamt, Zimmer Nr. 3, einzureichen,
wobei vorher die Bedingungenunterlagen ein-
gesehen und gegen Erstattung der Kopien ein-
genommen werden können.

Das Stadtbauamt.
Die Eisenarbeiten und Anfrästellungen
aus Verstellung des Bürgersteiges und des
Fahrbahns der Bahndiffstraße 8 und von
Bürgersteighallen in der Hauptverkehrsstraße
sollen getrennt öffentlich vergeben werden. Ver-
schlossene, mit entsprechender Aufschrift verlebene
Angebote sind bis
Sonntag, den 8. Februar d. J.,
mittags 12 Uhr
dem Stadtbauamt, Zimmer Nr. 3, einzureichen,
wobei vorher die Bedingungenunterlagen ein-
gesehen und gegen Erstattung der Kopien ein-
genommen werden können.

Beschluß.
In der Zwangsversteigerungsangelegenheit
Schüler, Schwanebeck — 4. K. 88/29 fällt der am den
5. Februar 1930, vormittags 10 Uhr an-
beraumte Versteigerungstermin fort.
Daherblatt, den 4. Februar 1930.
Freisprechliches Amtsgericht, Abt. 4.

Beschluß.
In dem Zwangsversteigerungsverfahrens
Kaiserhüte, Schwanebeck — 4. K. 60/29 — ver-
das Grundstück Wohnhaus Markt Nr. 65 mit
Dachraum in Schwanebeck fällt der am den
5. Februar 1930 bestimmte Versteigerungster-
min weg.
Daherblatt, den 1. Februar 1930.
Das Amtsgericht.

Kirchliche Nachrichten.
Der Konfirmationsstag wird in der Stadt
wegen des hiesigen Schietwetters und wegen des
Etelungsantritts vieler Jugendlichen am 1. April
auf den 30. März gelegt werden.

Erfolg
haben Sie bestimmt
daraus eine
**kleine
Anzeige**
im
**Halberstädter
Tageblatt**

**Bestes
Stuhlrechtrohr**
in allen
angabaren Größen
empfiehlt
Carl Baudorf Nachf.
Drogerie Hoheweg 6

**Damen-
Mästen-Rostüm**
zu verkaufen
Georgenstraße 13, 227

Feuerbestattung
Sachleistungsversicherung für kostenlose Feuerbestattung gegen
mässige Monatsbeiträge ohne Wertzeit.
Bargeldversicherung bis 5000 RM. (Kleinstversicherungsleistung)
Kollektiv-Sterbeversicherung.
Rechtsanspruch.
Politisch und religiös Neutral.
Abliebende führende Fachversicherung für Feuerbestattung hat ihre
Generalverwaltung Halberstadt
an tüchtigen, leistungsfähigen Generalvertreter unter günstigen Bedingungen
zu vergeben.
Auch sehr geeignet für tüchtige Inspektoren, welche Selbständigkeit
anstreben. Ausführliche Angebote unter P 206 an „Invalidendank“.
Ann.-Exp., Berlin W 9.

Wissen Sie noch, wie Grossmutter



Früher die Regenonne aufstellte, um
weiches Wasser zum Waschen zu haben!
Regenwasser ist weich, es erhöht die
Schaumkraft des Waschmittels.

Wie Regenwasser so weich wird hartes
Leitungswasser durch Henko-Wasche
und Bleichsoda. Geben Sie vor der
Bereitung der Perillauge einige Handvoll
Henko in den mit kaltem Wasser ge-
füllten Waschkessel! Sie erhalten eine
gut schäumende, waschkraftige Lauge
und nutzen das Waschmittel voll aus!

Henko
henkel's altbewährte Wasch- u. Bleichsoda
Seit 50 Jahren im Dienste der Hausfrau!

**Arbeiter - Schützen - Verein
Halberstadt**
Sonntag, den 8. Februar 1930
im „Oden“
**Großer
Maskenball**

Punkt 8 Uhr:
Einzug der Masken mit der Schützengilde aus „Jüngere“
Große Ueberraschungen
2 Musikkapellen! Herliche Dekoration!
Einsug des „Felsen Karneval“
38 Uhr:
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, herzlich willkommen.
Der Festausschuß.

Sternwarte
Jeden Mittwoch und Sonntag
Künstler-Konzert
Anfang 7 1/2 Uhr :: Eintritt frei

Südfestenhof
Zum Karneval
der bekannte Vortrags- u.
Universalkünstler
Harry Werner
der Vielseitige
Ab Dienstag! Ab Dienstag!

Vaterland
Mittwoch, 5. Febr.
Schlachtesen
Musikalische
Unterhaltung
Anstich v. Starkbockbier

Lehring
für meine Pradikatsloferer
am 1. April 1930 getauft.
Fritz Krippner,
Pradikator und
Drahtlaun-Habrik
Koonitzsche Str. 11
144e Sedanstraße.

Kräutertees
in großer Auswahl vor-
rätig. Waldflora, alle
Stimmen, Essentien und
Wittemann-
Blutreinigungstees
Löwen-Drogerie
Wallter-Strabenstr. 60

Oschersleben
Unsere
Weisse Woche
Gößtes Sonderverkauf des Jahres

bletet eine sehr günstige Gelegenheit
die Wäschebestände zu außer-
ordentlich vorteilhaften Preisen zu
ergänzen
Bitte beachten Sie unsere Auslagen
Prüfen Sie Qualitäten und Preise

**Wer verkauft
Feuermelder**
Girma Wollgamm,
Berlin
Offerten unter P. 625 an
die Geschäftsstelle dieses
Blattes.
Unterm Lindendamm
Sonn nicht wech kommen
balkennummer mit. H. G.

Bohnerwachs
mit und ohne Farbe,
in Blöcken u. ausgegossen.
Anbauzeit
Verfestigungsmittel.
3, 1, 2, 3
Wasserlösliche
Cievas, 100 u. 1000g.
Löwen-Drogerie,
Wallter-Strabenstr.
144e Sedanstraße.

Diene & Schneider
Dressierleben a. d. Bode



Der Arbeiter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangierkosten, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Abnahme bedingungslos, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unserer Post und Agenturen entgegen- genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. (Telefon 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Inhalt u. Inhalt: Kurt Wollenburg, für den lokalen Teil Wilhelm Kinzermann, für Belag u. Inserate Carl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgehaltene Spaltenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. Bekanntgabe 40 Pfennig, auswärts 60 Pfennig. Wochensatz ist der bei Bestellung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen auf bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann ein Gehalt nicht übernommen werden. Anzeigen-Räume in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Telefon Nr. 2313). Postfach 4526 Halberstadt 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 3.

Nr. 30

Dienstag, den 4. Februar 1930

5. Jahrgang

So geht es nicht!

Moldenhauers unbrauchbares Finanzprogramm.

Von bürgerlicher Seite wird gemeint, daß Reichsfinanzminister Moldenhauer beabsichtige, den Ausgleich des Reichshaushalts 1930 durch eine Erhöhung der Besteuer um etwa die Hälfte, eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent und durch die Festsetzung einer Gefahrengemeinschaft zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung zu erzielen. Die Sozialdemokratie muß gegen ein derartiges Deckungsprogramm schwere Bedenken erheben. Es ist zur Zeit noch nicht genau bekannt, welchen Maßstab der Reichshaushalt 1930 aufweisen wird. Best steht aber bereits, daß im Rechnungsjahr 1930 ein einmaliger Bedarf von rund 600 Millionen zu decken ist, der sich aus dem Fehlbetrag des Jahres 1928 von 154 Millionen, und aus dem Tilgungsschuld von 450 Millionen zusammensetzt. Es wäre weder politisch noch sachlich befähigt, für diesen einmaligen Mehrbedarf dauernde Deckungsmittel zu verwenden. Es muß vielmehr verlangt werden, daß der einmalige Bedarf durch einmalige Einnahmen abgedeckt wird, die im übrigen in hinreichender Höhe zur Verfügung stehen.

Es ist auch vom Standpunkt der Wirtschaft aus nicht einzu-sehen, wie gerade eine Erhöhung der Umsatzsteuer geeignet sein soll, das einmalige Defizit des Jahres 1930 auszugleichen. Die Wirtschaft erholt sich seit Monaten immer wieder den Ruf nach Verminderung der Gesamteinkommensteuer, und niemand kann sich diesem Ruf weniger entgegen als Herr Moldenhauer. Wenn man aber die Verminderung der Gesamteinkommensteuer als ein einkommensminderndes Ziel anerkennt, dann muß es geradezu sinnlos erscheinen, in diesem Augenblick die Gesamteinkommensteuer zu erhöhen, während andere Deckungsmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden. Außerdem ist die Umsatzsteuer die rohste Steuer, die wir in unserem Steuerwesen haben. Ihre schweren Nachteile müssen sich besonders bemerkbar machen, wenn sie in einem Zeitpunkt hinterher konstatiert wird. Gewiss schwere Bedenken wecken dem Vorschlag, zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung eine Gefahrengemeinschaft herzustellen. Dieser Gedanke beruht auf der Ueberzeugung, daß die Sozialversicherung zur Zeit Ueberflüsse erzielt, die sie zur Bildung einer Reserve verwendet, während die Arbeitslosenversicherung einen Fehlbetrag aufweist. In einigen Jahren wird eine völlige Umkehrung dieses Zustandes erwartet. Die Sozialversicherung wird wachsende Rentenansprüche zu befriedigen haben, für die die laufenden Beitragsentnahmen nicht ausreichen, so daß die jetzt einseitige Reserve zu Hilfe genommen werden muß. Die Arbeitslosenversicherung wird dagegen entlastet, weil der Gehaltsausfall während des Krieges sich in einem vermindernden Zustrom von Erwerbstätigen zum Arbeitsmarkt auswirkt.

Es ist aber sehr fraglich, ob diese Rechnung stimmen wird. Sicher ist nur der Fehlbetrag der Sozialversicherung, für dessen Deckung die jetzt aufgenommene Reserve nicht einmal genügen wird. Wahrscheinlich wird auch eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten, aber es ist schon fraglich, ob diese Entlastung groß genug sein wird, um die Arbeitslosenversicherung auszugleichen zu können. Wäufig ungenügend bleibt jedoch, ob die Entlastung so groß sein wird, daß die Arbeitslosenversicherung Ueberflüsse erzielen kann, um damit den Fehlbetrag der Sozialversicherung zu decken. Es besteht also die Gefahr, daß der ganze Plan schließlich auf eine Ausgabenüberschuldung hinausläuft. Vor allem wird aber bei dem Gedanken einer solchen Gefahrengemeinschaft übersehen, daß die Sozialversicherungsträger ihre Ueberflüsse in der Hauptsache als Kredite für den Wohnungsbau oder für Reich, Länder und Gemeinden verwenden werden. Schon die Leistung des Reichbeitrages von 164 Millionen zur Sozialversicherung in Form von Schatzanweisungen hat in der Hälfte den Umfang einer Gefahrengemeinschaft zwischen Arbeitslosenversicherung und Sozialversicherung dar, weil es nur dadurch möglich wurde, im Reichshaushalt 1929 ein Defizit von 150 Millionen für Darlehen an die Arbeitslosenversicherung bereitzustellen. Die nachteiligen Rückwirkungen auf den Wohnungsbau, die sich dabei herausgestellt haben, müssen jetzt besonders ernst sein, weil der Wohnungsbau ohnehin durch die finanziellen Schwierigkeiten in Reich, Ländern und Gemeinden schwer beeinträchtigt wird.

* Alle Gewerkschaftsrichtungen in der Umkehr einig.

Der Reichsausschuß des Gewerkschafts-Rings Deutscher Angestellten, Arbeiter und Beamten, d. h. der demokratische Gewerkschafts-Eigenverband, hat sich in einer Entschliessung gegen die Pläne, die Arbeitslosenversicherung durch Bildung einer Gefahrengemeinschaft sämtlicher Sozialversicherungsarten zu realisieren. Auch der christliche deutsche Gewerkschaftsbund hat noch einmal in aller Form im Wege einer Eingabe an den Reichsversicherungsminister — den Vorschlag, die Mittel der Sozialversicherung zur Deckung des finanziellen Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung zu verwenden — energisch abgelehnt. In der Sitzung der Moldenhauer'schen Räte die Arbeitslosen-

Frieden mit Polen.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen.

Der Reichstag wird sich in nächster Zeit mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen zu beschäftigen haben. Gegen dieses Abkommen wird in der Presse eine starke Agitation betrieb, die es mit der Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns veröffentlichen Angaben über die finanziellen Verhältnisse, die Deutschland nach dem Abkommen zu bringen hat, durchaus falsch. Man spricht immer wieder in diesem Zusammenhang von 2½ Milliarden Mark und mehr und kommt wahrscheinlich zu solchen Schätzungen, weil man Dinge vermischt, die miteinander gar nichts zu tun haben. Es handelt sich dabei um das Vermögen des Reiches und Reichsland in den an Polen nach Kriegsende abgetretenen Gebieten, das man auf 2 Milliarden Mark schätzen kann. Lieber diese öffentliche Meinung ist leider schon längst zu Ungunsten Deutschlands entschieden worden. Der Reichsbeitrag bestimmt, daß sämtliche von Deutschland an die Alliierten übergegangenes Eigentum bei den Alliierten bleiben und Deutschland auf Reparationskosten gutgeschrieben werden soll. Sowohl der Zinseszins als auch das Zinseszinsbestimmen bestimmen aber, daß mit dem deutschen Reparationszahlungen sämtliche gegenseitigen Ansprüche abgegolten sind. Es widerspricht also dem Sinn und Wortlaut des Youngabkommens, die staatlichen Forderungen an Polen aufrechtzuerhalten, und nur die deutsche Demagogie kann so tun, als bestünden diese Ansprüche noch und wären von der deutschen Regierung preisgegeben worden.

Gegenstand der Verhandlungen mit Polen kommt daher nur die privaten Ansprüche aus den von Polen vorgenommenen Liquidationen. Diese Ansprüche auf Entschädigungen für zu niedrig bemessene Liquidationserlöse werden auf mehr als 500 Millionen Mark geschätzt. Ihnen stehen polnische Forderungen an Deutschland gegenüber, die von polnischer Seite mit etwa 800 Millionen Mark angegeben werden. Das Abkommen sieht nur vor, daß auf alle diese Ansprüche von beiden Seiten verzichtet wird. Die finanzielle Tragweite dieses Verzichts läßt sich sehr leicht abschätzen. Es kann nicht daran geweiht werden, daß die deutschen Ansprüche im allgemeinen viel besser begründet sind als die polnischen. Würde der Reichsbeitrag durchgesetzt werden, so dürfte wahrscheinlich ein großer Geldzufluß für die Deutschen verbleiben. Freilich hat es mit diesen Forderungen einen Haken. Der mehr als fünf Jahre vor dem Abkommen in Paris gezeichnet, das über alle privaten Entschädigungsansprüche zwischen Deutschland und Polen entscheiden soll. Bis zum heutigen Tage ist kein einziger von den tausenden von Fällen, die vor dem Schiedsgericht anstehen, erledigt worden. Wann also die deutschen Entschädigungsansprüche anerkannt werden würden, ist eine große Frage, und wann die deutschen Gebührenden zu ihrem Gebrauche kommen würden, eine noch größere Frage.

Sammern, Deutschland bringt mit der gegenseitigen Aufrechnung für die beiderseitigen Ansprüche finanzielle Opfer. Dem stehen aber wichtige Sicherungen gegenüber, die das Abkommen den Deutschen in Polen verschafft. Zunächst wird die Entschädigung der Youngabverhandlungen, daß mit dem Liquidationserlöse der Reichsbeiträge gemacht werden sollen, in eine Art Dankvergütung Polens verwendet. Dabei hat Deutschland der polnischen Regierung noch das Zugeständnis abgerungen, daß sie nicht bloß in der Zukunft auf jede Liquidation deutschen Besseres verzichtet, sondern auch solchen Besitz freigibt, der sich am 1. September 1929 noch in deutscher Hand befand, aber rechtlich schon der Liquidation unterlag. Das bedeutet, daß endlich, nach einem Jahrzehnt schwerer Verhandlungen, deutschen Besitzes in Polen, die Rechtsicherheit für die Deutschen Polens wiederhergestellt wird.

Auch eine Gefahr, die einem Teil des deutsch-polnischen Besseres droht, wird durch das Abkommen abgewendet. Als Beute von dem Kriege im polnisch sprechenden Osten die große Anleiheaktion durchgeführt, wurde bestimmt, daß der Anleihekommission beim Uebertrag von Siedlungsland in fremde Hände ein Rückkaufsrecht des Siedlungslandes zu bestehen sollte. Man wollte damit natürlich verhindern, daß das Siedlungsland in polnische Hände übergeht. Nach der Abtragung dieser Gebiete an Polen drohte nun die Gefahr, daß sich dieses Rückkaufsrecht gegen die deutschen Siedler selbst wenden würde; denn Polen beanspruchte als Rechtsnachfolgerin der preussischen Regierung dieses Recht für sich. Das wurde zwar von deutscher Seite festgesetzt, weil Preußen das Rückkaufsrecht nach Kriegsende an die Danziger Bauernschaft abgeben hätte. Aber diese Rechtskraft ist noch nicht ausgetragen und kein Ausgang sehr unklar. Nun aber hat Polen im Liquidationsabkommen auf das Rückkaufsrecht für alle Fälle verzichtet (allerdings nur, wenn bestimmte Bedingungen beim Vermögensübergang erfüllt sind). Damit ist für 12 000 deutsche Bauernfamilien in Polen der Geldverlust im Erbfall gesichert. Es müßte auf deutscher Seite niemandem geben, der dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen reflexlos begeistert wäre. Es ist bitter, daß nach all dem Unrecht, das Deutschland und den Deutschen in Polen angetan wurde, noch einmal von deutscher Seite auf Rechtsansprüche gegenüber Polen verzichtet werden muß. Es ist überaus bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, Polen zu einem vollständigen Verzicht auf das Rückkaufsrecht zu bewegen, wenigstens die polnische Regierung eine lokale Durchführung dieser Vertragsaufhebung zugesagt hat. Aber diese Opfer sind durchaus tragbar, wenn man berücksichtigt, daß mit ihnen endlich die vollständige Bereini-

Die Entlarvung des

Otto Landsberg als Zeug

Im Mittelpunkt des Zornsprozesses stand am Montag die Vernehmung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Otto Landsberg. Landsberg schildert die Erregung der Arbeiter nach dem feigen Doppelmord. Als schließlich am 12. Februar die Enthüllungen der „Roten Bohne“ erschienen über die wahren Täter — Paul Lent und der Verfasser — erwiderte die Gardeankläger-Schöpfungsfunktion vollständig: das sei gar nichts Neues, sondern der Division längst bekannt. Landsberg, verbittert über dieses Eingeständnis, das im Widerspruch stand zu der ganzen bisherigen übermäßigsten Unterführung bestellte als Justizminister den Kriegsgesichtlichen nach Weimar Zorns habe einen außerordentlich wichtigen Einbruch gemacht. „Ich hätte den Odenstein weit von mir gewiesen“, betont Landsberg, daß ein Unterführung führender Richter, wenn es sich um ein schweres Verbrechen handelt, es an der nötigen Objektivität fehlen läßt. Aber er wurde im Falle Zorns eines anderen befehligt. „Mein Einbruch war: wir haben es hier mit einem Menschen zu tun, der durch den Krieg verdorben ist und dem ein Menschenleben nicht mehr das bedeutet, was es vor dem Kriege bedeutet hat. Zorns ist in eine Clique hineingeraten, die am Mord mit beteiligt war.“ Er hatte sich nach dieser Erfahrung vorgenommen, die Mitarbeiter der Reichsregierung, sollte es, was es wolle, verschwinden zu lassen. Zorns und sein Mitarbeiter, in die Ereignisse der ersten Zeit zu einem sehr bedenklichen Mittel. Sie machten sich die Argumente der von ihnen zur zuvor noch so tief verurteilten „Roten Bohne“ zu eigen und unterließen, Landsberg und seine Mitarbeiterkollegen hätten die Beteiligung der kommunistischen Führer als eine Entschuldigung begriffen. Aber Landsberg wies diese Berichtigung mit allem Nachdruck zurück. „Der Reichspräsident war



— woran Zorns sühnd erwidert: „Im Frieden nicht, aber im Kriege...“ Für Zorns war Februar 1919 noch der Krieg, wo man, ohne mit der Wimper zu zucken, Menschen umbringen durfte. Und die „Feinde“ waren die eigenen Volksgenossen: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.